



MARIJAN MURAT / DPA

CIRA MORO / DER SPIEGEL

Demonstration gegen Bahnprojekt Stuttgart 21 im September 2010, Jurist Reicherter: „Ich konnte gar nicht fassen, was ich dort sah“

PROTESTE

# Wut auf die Wutbürger

Mit Schärfe geht die Justiz gegen Stuttgart-21-Demonstranten vor – sogar das Haus eines pensionierten Richters wurde durchsucht.

**D**ieter Reicherter hatte sich seinen Lebensabend anders vorgestellt. Der 64-Jährige besitzt Tausende Schallplatten. Nach seiner Pensionierung als Strafrichter des Landgerichts Stuttgart vor zwei Jahren wollte er seine Sammlung endlich sortieren und Konzerte in England, Kanada und Schweden besuchen.

Im September 2010 hörte er aber im Radio von Protesten gegen den Umbau des Stuttgarter Bahnhofs. Weil er in der Nähe war, beschloss er, sich den Polizeieinsatz gegen die Demonstranten anzusehen. Er beobachtete, wie Polizisten mit Pfefferspray und Wasserwerfern voringen. Obwohl er sich abseits aufhielt, bekam er eine Dusche aus dem Polizeitank ab.

„Ich konnte gar nicht fassen, was ich dort sah“, sagt Reicherter. Er schrieb eine Dienstaufsichtsbeschwerde an den damaligen Innenminister von Baden-Württemberg, Heribert Rech (CDU). Seitdem ist Reicherter eine Symbolfigur des Widerstands gegen Stuttgart 21. Er redet auf Veranstaltungen, er verfasst Buch- und Blogbeiträge, und er unterstützt Demonstranten, die sich durch die Justiz kriminalisiert fühlen.

Jetzt ist Reicherter selbst Opfer einer Attacke der Ermittlungsbehörden gewor-

den. In seiner Abwesenheit durchsuchten Beamte des Polizeipräsidiums Stuttgart Ende Juni seine Wohnung. Kripo-Leute durchforsteten private Unterlagen und Computer. Sie fahndeten nach geheimen Unterlagen aus dem Innenministerium und wollten herausfinden, wer Reicherter diese Dokumente zugespielt hatte.

Der Einsatz der Ermittler belastet nicht nur den Pensionär, sondern auch die grün-rote Landesregierung Baden-Württembergs. Stuttgart 21 ist innerhalb der Regierung ein konfliktträchtiges Thema. Die Grünen um Ministerpräsident Winfried Kretschmann gaben nach der Volksabstimmung ihren Widerstand gegen den Neubau weitgehend auf. Der Friede könnte beendet sein, wenn sich nun zeigt, dass unter den SPD-Ministern Reinhold Gall (Innen) und Rainer Stichelberger (Justiz) Bahnprojektkritiker eingeschüchtert und verfolgt werden.

So empfindet es Pensionär Reicherter. „Bis jetzt habe ich jedem erzählt, er könne sich auf den Rechtsstaat verlassen“, sagt er, „das ist vorbei, ich kann das Misstrauen der Bürger verstehen.“ Als er die ihm zugesteckten Unterlagen der Sicherheitsbehörden durchsah, habe er sich sehr gewundert, wie breit die Ermittlungen des Innenministeriums gegen Stuttgart-21-Gegner angelegt gewesen seien.

Im „Rahmenbefehl Nr. 2“ des Ministeriums heißt es, dass die Sicherheitsbehörden auf Erkenntnisse des Verfassungsschutzes und auf die Arbeit verdeckter Ermittler zurückgreifen sollen. Und aus einem 17-seitigen „Gefährdungslagebild“ ergibt sich, dass die Ermittler auch die „Parkgebete“ einiger Dutzend Gläubiger als gefährlich eingestuft hatten und deshalb Einsatzkräfte vor Ort sein sollten.

Reicherter schrieb Kretschmann und Gall, er äußerte seine Bedenken gegen die Überwachung von Bürgern – mal iro-

nisch, mal angriffslustig. Eine Antwort erhielt er nie. Einige Wochen später drangen die Ermittler in sein Haus ein.

Der Jurist hat eine helle Stimme und spricht leise. Über seine Wandlung wundert er sich selbst. „Als Richter war ich eher ein harter Hund“, sagt Reicherter. Immer wenn Gewalt angewendet worden war, habe er mit Strafen „kräftig zugehakt“, aber jetzt verstehe er „die Welt nicht mehr“. Die Razzia in seiner Wohnung hält er für rechtswidrig. Es sei nicht einmal der Versuch unternommen worden, ihn zur freiwilligen Herausgabe der Unterlagen zu bewegen. Zudem hätten die Ermittler offenbar bewusst einen Termin gewählt, an dem er sich im Ausland aufgehalten habe.

Das Vorgehen gegen den unbequemen Richter im Ruhestand passt zu einer Reihe aggressiver Ermittlungen gegen Bahnprojektkritiker. Es scheint, als arbeite sich der Staat an Bürgern ab, die sich in den Weg stellen, als handelten die Staatsdiener aus Wut auf die Wutbürger. Nach Demonstrationen gibt es häufig Beschwerden, unterschiedliche Darstellungen, auch Widersprüche. Doch in den Verfahren um den Stuttgart-21-Protest zeigen sich auffallend viele Merkwürdigkeiten.

Die Justiz scheint in Stuttgart schärfer als anderswo vorzugehen. Dieter R., 54, wurde wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Seine angebliche Straftat bestand darin, einem Polizisten durch Blenden mit einer Taschenlampe aus „ungefähr 5 bis 20 Meter“ Entfernung ein Augenödem zugefügt zu haben. Die Staatsanwaltschaft machte es wie bei vielen Demonstranten: Sie schickte einen Strafbefehl, in diesem Fall über 180 Tagessätze, ab 91 gilt man als vorbestraft.

Viele Angeklagte zahlen, sie scheuen eine öffentliche Verhandlung. Nicht so Dieter R. – der Angestellte eines For-

schungsinstituts litt unter dem Vorwurf, jemanden verletzt zu haben. Auf Anregung seiner Anwältin gab das Gericht ein Gutachten zur Gefährlichkeit der Taschenlampe in Auftrag. Augenverletzungen oder Schädigungen seien auszuschließen, urteilte der Sachverständige.

Peinlich für die Ermittler: Sie hatten die Plausibilität der ärztlichen Diagnose nie überprüft – und ein gelbes Dreieck auf der Lampe als ein Zeichen für Laser gedeutet und daraus abgeleitet, dass der Beamte mit einem Laserstrahl geblendet worden sei. „Ich habe mich ausgeliefert gefühlt wie einst in der DDR“, sagt Dieter R., der bis 1988 im SED-Staat lebte.

Demonstranten macht nicht nur die Schärfe der Ermittler fassungslos. Sie liteten darunter, „wie Schwerverbrecher behandelt“ zu werden, sagt die Stuttgarter Rechtsanwältin Simone Eberle. Sie vertritt Birgit T., eine 59-Jährige, der vorgeworfen worden war, eine Polizeikette durchbrochen und einen Beamten vor einen Lkw geschubst zu haben.

Sie sei „aus allen Wolken gefallen“, als sie gelesen habe, dass die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl wegen „versuchten Totschlags“ gegen sie ausgestellt hatte, sagt Birgit T. Der Amtsrichter und das Landgericht konnten keinen „Tötungswillen“ feststellen. Straffrei ging die Frau dennoch nicht aus. Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt musste sie 3600 Euro zahlen.

Staatsanwälte haben einige hundert Verfahren gegen Demonstranten eingeleitet. Wie viele es genau seien, könne sie nicht sagen, teilt die Justizsprecherin mit, „wir führen keine Strichlisten“. Gegen Polizisten gab es einige Dutzend Anzeigen. Sie endeten – von einer Ausnahme abgesehen – mit einem Freispruch.

Die Ermittlungen gegen die Demonstranten waren „erkennbar einseitig und völlig überzogen“, sagt der Freiburger Anwalt Frank-Ulrich Mann, der mehrere Protestler vertritt. Er bat Justizminister Stichelberger um Auswechslung der Staatsanwälte, da die Ungleichbehandlung in „Wut auf den Rechtsstaat“ umzuschlagen drohe. Der Minister prüfte die Fälle und kam zu dem Schluss: Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass die Staatsanwaltschaft „die gebotene Objektivität“ vermissen lasse.

Der Fall Reicherter wird den Justizminister zwingen, erneut Stellung zu beziehen. Der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl verlangt Aufklärung von der Regierung. Er habe „große Zweifel“, dass der Einsatz verdeckter Ermittler gegen Demonstranten und die Razzia bei Reicherter vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gedeckt seien, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, „das muss gründlich aufgearbeitet werden“.

SIMONE KAISER, MICHAEL LOECKX, UDO LUDWIG



TOBI WOELKI / STAR PRESS

Landesvater McAllister (r.)\*

CDU

## Erdverwachsen

Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister fremdelt mit der Politik in Berlin. Bei der Landtagswahl könnte das zum Problem werden – auch für die Kanzlerin.

Es ist stets die gleiche Szene, am Montagmorgen vor dem Konrad-Adenauer-Haus. Wenn die Spitzenleute der Union aus ihren Limousinen steigen, um sich zum Präsidium zu treffen, recken sich ihnen Mikrofone und Kameras entgegen. Wer hier das Geschehen des Wochenendes kommentiert, wird die Nachrichten des Tages bestimmen.

Nur einer geht konsequent an den Kameras vorbei – Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister. „Ich glaube, es wird von den Menschen als wohlthuend empfunden, wenn ich mich nicht daran beteilige, jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf zu treiben“, sagt er.

McAllisters Enthaltensamkeit ist Teil eines gewagten Experiments. In einem halben Jahr möchte er als Ministerpräsident von Niedersachsen bestätigt werden. Doch den üblichen Wahlkampfregeln will er nicht folgen. Er stänkert nicht gegen die Kanzlerin, holzt nicht gegen die marode Koalition in Berlin und findet es auch nicht schlimm, wenn die Talkshows ohne ihn auskommen. Gerhard Schröder hatte

einmal eine ganze Landtagswahl zur Abstimmung über die Frage umfunktioniert, ob er Bundeskanzler werden sollte.

McAllisters Rezept heißt dagegen Unauffälligkeit: Die Bundespolitik soll möglichst keine Rolle spielen, die Absage an alle Berliner Ambitionen seine Stellung als junger Landesvater stärken. Das Problem ist nur, dass der 20. Januar den Ton für das Wahljahr 2013 setzen wird. Die Parteien, die in Niedersachsen gewinnen, könnten ab September auch im Bund regieren – das weiß auch Angela Merkel.

Kann man sich den Spielregeln der Bundespolitik verweigern, wenn man Ministerpräsident im zweitgrößten Bundesland bleiben will? Und kann das ausge-rechnet in einem Land gelingen, das von jeher ein Sprungbrett für eine größere Karriere war?

SPD-Chef Sigmar Gabriel begann seine Laufbahn in Goslar, auch der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin war Minister im Kabinett des Ministerpräsidenten Schröder. FDP-Chef Philipp Rösler setzte hier den Grundstein für seinen Aufstieg genauso wie Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen.

McAllister sitzt auf der Terrasse des feinen Gästehauses der Landesregierung.

\* Beim Schützenfest in Hannover am 1. Juli mit Erbprinz Ernst August von Hannover (M.) und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Stefan Schostok.